

Antrag der Fraktionen DIE LINKE

### **Antrag auf Einsetzung eines Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung**

Armutsbekämpfung und -prävention bleibt eines der drängendsten Probleme im Bundesland Bremen. Die Fakten sind seit Längerem bekannt, jedoch weisen die meisten Kennzahlen weiterhin in eine negative Richtung. Bremen ist nicht nur das Bundesland mit der höchsten Armutsquote, sondern auch stark gespalten in reichere und ärmere Stadtteile. Fast jeder vierte Mensch in Bremen ist armutsgefährdet, Bremen ist zudem das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenquote und das einzige Bundesland in dem die Arbeitslosenquote im letzten Jahr gestiegen ist. Der Bildungserfolg ist in Bremen immer noch sehr stark vom sozio-ökonomischen Hintergrund der Eltern abhängig und die Lebenserwartung differiert zwischen reicheren und ärmeren Stadtteilen um bis zu 8 Jahre. Armut gefährdet nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land Bremen, sondern bedeutet häufig eine gesellschaftliche Isolation bzw. Nicht-Partizipation, was auch an der niedrigen Wahlbeteiligung gerade in ärmeren Quartieren abzulesen ist.

Allerdings ist Armut nicht nur ein Umverteilungsproblem, sondern bedeutet häufig den Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe. Um einen ganzheitlichen Ansatz im Kampf gegen Armut entwickeln zu können, müssen die vielen sozialen, kulturellen und ökonomischen Ausprägungen von Armut berücksichtigt werden. Hierzu kann auf die Erfahrung zahlreicher Initiativen im Land Bremen zurückgegriffen werden. Es gilt staatliches und privates Engagement gegen die weitere Verfestigung von Armut besser zu verzahnen und aufeinander abzustimmen.

Ende März 2014 beschloss die Bremische Bürgerschaft die Einsetzung des Ausschusses zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung. Der Ausschuss hatte die Aufgabe die Ursachen von Armut zu diskutieren und zusammen mit ExpertInnen, betroffenen und VertreterInnen gesellschaftlicher Gruppen Lösungsstrategien für die Armutsproblematik zu entwickeln. Am Ende veröffentlichte er einen 71-seitigen Bericht mit 131 Empfehlungen von denen 88 von allen Fraktionen (SPD, Grüne, CDU, LINKE) mitgetragen wurden. Deutlich wurde in der Arbeit des Ausschusses aber auch, dass es einer kontinuierlichen Bearbeitung der Themenkomplexe Armut und sozialer Spaltung bedarf. Die Ergebnisse aus der Arbeit in der 18. Legislaturperiode müssen vertieft, konkretisiert und parlamentarisch begleitet werden. Außerdem müssen die Analysen etwa in den Bereichen Gesundheit, Altersarmut und der Situation in Bremerhaven erweitert und ergänzt werden, um konkrete Handlungsansätze zu Armutsbekämpfung und -prävention zu erarbeiten.

In Bremen besteht der Bedarf nach einer gemeinsamen längerfristigen Anstrengung im Kampf gegen Armut. Die Weiterführung des Ausschusses zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung bietet die Möglichkeit, armutsbetreffende Themen in einem politikfeldübergreifendes Gremium zu bündeln und nachhaltige Konzepte zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung ein. Er hat folgende Aufgaben:

1. Begleitung und Evaluation der Umsetzung der gemeinsamen Empfehlungen des Berichts des Ausschusses aus der 18. Wahlperiode.
2. Beratung, Begleitung und Prüfung von Initiativen und Gesetzesvorlagen des Senats im Hinblick auf die Wirkung auf Armutsbekämpfung und –prävention.
3. Evaluation bestehender Programme im Bereich der Armutsbekämpfung und -prävention.
4. Vertiefung der Analyse aus der 18. Wahlperiode unter anderem im Hinblick auf Gesundheit, Altersarmut und die Situation in Bremerhaven und gemeinsame Erarbeitung von Lösungsvorschlägen mit Betroffenen, Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen, die mit der Beratung von armutsgefährdeten und armutsbetroffenen Personen befasst sind oder aus der Selbstorganisation betroffener Personenkreise entstanden sind.
5. Ausarbeitung eines integrierten Gesamtkonzepts zur Armutsbekämpfung und –prävention im Land Bremen.

Nelson Janßen, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.